

## **ANTRAG**

**der Fraktion der FDP**

### **Für den Wohlstand von morgen – Mehr ökonomische Bildung an den Schulen**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Mecklenburg-Vorpommern hat sich im aktuellen INSM-Bildungsmonitor (Vergleichsstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) gegenüber den Vorjahren weiter verschlechtert und rangiert auch bei Unternehmensgründungen auf den letzten Plätzen im Ländervergleich.
2. Unternehmen, Verbände und Schüler fordern insbesondere eine verstärkte finanzielle und ökonomische Wissensvermittlung in den Schulen, die junge Menschen auf die Lebensrealitäten besser vorbereitet. Diese Forderung fügt sich auch in den Kontext der gegenwärtig in Erarbeitung befindlichen nationalen Finanzbildungsstrategie für Deutschland ein.
3. Obwohl Mecklenburg-Vorpommern mit einem eigenständigen Schulfach Wirtschaft innerhalb der gymnasialen Oberstufe im Bereich der ökonomischen Bildung gegenüber anderen Bundesländern sogar vergleichsweise gut aufgestellt ist, zeigt sich in der Praxis nach wie vor weiterer Handlungsbedarf.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. im Rahmenlehrplan des Landes Mecklenburg-Vorpommern das Schulfach „Arbeit-Wirtschaft-Technik“ durch ein neu zu schaffendes Fach „Wirtschaft und Finanzen“, beginnend ab der Sekundarstufe 1, in allen Schulformen zu ersetzen.
2. die Funktionsweise der sozialen Marktwirtschaft sowie zentrale Marktmechanismen wie Angebot und Nachfrage als Fundament unserer Wirtschaftsordnung vertieft und praxisnah zu behandeln, anstatt sich weiter auf ordnungspolitische Rahmenbedingungen und Eingriffsmöglichkeiten des Staates zu beschränken.

3. die Schulen dazu anzuhalten, einen differenzierten Umgang mit den Aufgaben des Staates zu vermitteln. Die wesentlichen Grundmechanismen von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollen in ihrem Zusammenspiel dargelegt werden. Es muss grundsätzlich darum gehen, die Eigenverantwortung jedes Einzelnen zu stärken und die Fähigkeit zur souveränen individuellen Lebensführung, gerade mit dem Blick auf finanzielle Unabhängigkeit, zu stärken.
4. im Schulunterricht den gesellschaftlichen Mehrwert erfolgreichen Unternehmertums als zentrale Quelle des Wohlstandes stärker zu thematisieren. Dies soll Aspekte wie die Gründung und Führung eines Unternehmens, die Bedeutung von Innovationen sowie Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten, finanzielles Risikomanagement, professionelles Personalmanagement und Geschäftsethik umfassen.
5. Schülern grundlegendes methodisches Wissen der Volks- und Betriebswirtschaftslehre zu vermitteln. Dies umfasst beispielsweise die Analyse wirtschaftlicher Situationen, die Bewertung von Investitionsalternativen und Methoden rationaler Entscheidungsfindung auf der Basis neuester Erkenntnisse aus Management, Personalwesen und Betriebsführung.
6. Schülern die wesentlichen Grundlagen des Umgangs mit persönlichen Finanzen näher zu bringen. Dies soll u. a. die Erstellung von Budgets, die Verwaltung von Ausgaben, langfristiges Sparen und Investieren, die Funktionsweise von Kredit und Verschuldung, die Bedeutung von Zinsen und Inflation sowie die Anlagemöglichkeiten des Kapitalmarktes umfassen.
7. im Unterricht auf die gezielte Vermittlung von Medienkompetenz im Finanzbereich hinzuwirken, insbesondere in Bezug auf die kritische Bewertung von Werbung in den sozialen Medien sowie von finanziellen Angeboten und Medienberichten über wirtschaftliche und finanzielle Zusammenhänge.

**René Domke und Fraktion**

### **Begründung:**

Der INSM-Bildungsmonitor 2024, der als Vergleichsstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) durchgeführt wird, bewertet anhand von insgesamt 98 Indikatoren in 13 Handlungsfeldern, inwieweit ein Bundesland Bildungsarmut reduziert, zur Fachkräftesicherung beiträgt und Wachstum fördert. Mecklenburg-Vorpommern ist hier in der Gesamtbewertung lediglich auf Platz 13 gelandet und hat gegenüber 2013 weitere Punkte verloren. Hier besteht also dringender Handlungsbedarf.

Auch im Bereich Gründungsaktivitäten und Start-Ups spielt Mecklenburg-Vorpommern lediglich in den unteren Ligen mit. Laut „startupdetector“ des Bundesverbandes Deutsche Startups e. V. belegt Mecklenburg-Vorpommern mit 1,2 Start-Up-Neugründungen pro 100 000 Einwohner im Jahr 2023 den drittletzten Platz deutschlandweit. Es müssen daher dringend bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die ökonomischen und forschungsbezogenen Potenziale, die insbesondere im nahen Umfeld der Hochschulen des Landes bestehen, für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes besser zu nutzen.

Im Vergleich mit anderen Bundesländern zeigt sich, dass Mecklenburg-Vorpommern im Bereich ökonomische Bildung und Gründungsaktivitäten Schritt für Schritt den Anschluss verliert. Angesichts der problematischen demografischen Situation, der anhaltenden ökonomischen Schwäche und der ineffizienten Verwaltungsstrukturen droht somit langfristig ein weiterer Abstieg zulasten der Wirtschaft und weiter Teile der Bevölkerung.

Wirtschaftliche Stärke ist die Grundlage des Wohlstandes eines jeden Landes. In der aktuellen Bildungslandschaft Mecklenburg-Vorpommerns wird diese zentrale gesellschaftspolitische Erkenntnis allerdings viel zu wenig vermittelt. Zahlreiche Studien belegen, dass es in Deutschland Nachholbedarf bei der Finanzbildung gibt. Dies muss dringend geändert werden. Wenn in der Folge weite Teile der jungen Generationen mit fehlendem oder mangelhaftem finanzpolitischen Wissen aufwachsen, stellt dies nicht nur eine Herausforderung für den Nachwuchs der regionalen Wirtschaft, sondern insbesondere auch für die demokratische Grundordnung des Landes im Sinne einer erhöhten Anfälligkeit für populistische Forderungen im Bereich der Wirtschaftspolitik dar.

Es muss also grundsätzlich darum gehen, heranwachsenden Menschen die Bedeutung erfolgreichen Unternehmertums für die Schaffung und Sicherung von Wohlstand besser zu vermitteln. Dazu sind die Lehrpläne in den Schulen entsprechend anzupassen. Die Kenntnis von Inflation, Dispokredit oder Altersvorsorge darf nicht vom Elternhaus abhängen. Das finanzpolitische und ökonomische Grundwissen muss flächendeckend zur Allgemeinbildung werden.

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) haben im März 2023 gemeinsam die „Initiative Finanzielle Bildung“ gestartet. Ein zentrales Element der Initiative ist die Erarbeitung einer Finanzbildungsstrategie für Deutschland. Diese soll das in Deutschland bestehende Engagement im Bereich finanzieller Bildung bündeln und auf die bestehenden Bildungslücken ausrichten. Als Grundlage der Strategie wurde die OECD beauftragt, einen Vorschlag zu entwickeln. Dieser wurde dem BMF und dem BMBF im September 2024 überreicht. Die von der OECD empfohlenen Maßnahmen richten sich sowohl an den Bund als auch an die Länder.

Der Bund wird aus den an ihn gerichteten Empfehlungen die nationale Finanzbildungsstrategie entwickeln. Die in diesem Antrag geforderten Maßnahmen zur Stärkung der ökonomischen Bildung können somit im Kontext dieser Strategie verstanden werden.

Bei der Umsetzung der genannten Forderungen soll stets der Praxisbezug gewahrt und, wo möglich, auf Best-Practice-Beispiele, Vorträge von Unternehmensvertretern, Praktika sowie Planspiele, Simulationen und professionelle Medienbeiträge zurückgegriffen werden. So kann ein tieferes Verständnis für die komplexen Zusammenhänge von Wirtschaft, Kapitalmarkt und Wohlstand vermittelt werden.